Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Personalausschusses - Stellenplanberatungen

am Donnerstag, den 07.11.2019

im Sitzungssaal des Stadthauses, Joh.-Seb.-Bach-Platz 1

Beginn:	14:00 Uhr
Ende	15:55 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda

Ausschussmitglieder

Beyer-Nießlein, Elke	
Bock, Dieter	
Frauenschläger, Elvira	Vertretung für Herrn Martin Porzner
Hayduk, Ingo	
Hillermeier, Joseph	
Hüttinger, Hannes	Vertretung für Herrn Dr. Markus Bucka
Illig, Richard	
Kupser, Paul, Dr.	
Reisner, Frank	
Sauerhöfer, Jochen	
Schildbach, Uwe	
Schober, Manfred	

Schriftführerin

Billenstein, Monika

Verwaltung

Buntebarth, Lisa-Marie
Schehl, Walter
Steinhäuser, Stefan

Referenten

Büschl, Jochen
Jakobs, Christian
Kleinlein, Udo
Nießlein, Holger
Schlieker, Ute

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Bucka, Markus, Dr.	entschuldigt
Porzner, Martin	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Neuschaffung von Planstellen

TOP 1.1 Ausweisung einer Planstelle im Amt für Familie und Jugend/Sachbearbeitung UVG/BaföG/AFBG
(Einwertung: pw/hhr EG 9 a TVöD)

TOP 1.2 Ausweisung von vier Planstellen für den Eigenbetrieb STADTBAU Ansbach
(Einwertung: 1 Stelle pw/hhr EG 13 TVöD
2 Stellen pw/hhr EG 11 TVöD
1 Stelle pw/hhr EG 7 TVöD)

TOP 1.3 Ausweisung einer Planstelle im Hochbauamt/Ingenieur oder Techniker
(Einwertung: pw/hhr EG 11 oder 9 b TVöD)

TOP 1.4 Ausweisung einer Planstelle für Stabsstelle Verwaltungs-/Schuldigitalisierung
(Einwertung: pw/hhr EG 12 TVöD)

TOP 1.5 Ausweisung einer Planstelle im Personal- und Organisationsamt/Personalakquise
(Einwertung: pw/hhr EG 9 c TVöD)

TOP 2 Streichung von Planstellen

TOP 2.1 Streichung einer Planstelle im Medienzentrum/Wegfall der Aufgaben
(Einwertung: pw/hhr EG 3 TVöD)

TOP 2.2 Streichung einer Planstelle im Referat Finanzen, Personal und Organisation/Vollzug kw-Vermerk
(Einwertung: pw/hhr A 13 (4. QE)/A 14 BayBesG)

TOP 3 Stellenplan handwerklicher Bereich

TOP 4 Anfragen/Bekanntgaben

TOP 5 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Oberbürgermeisterin Carda Seidel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Personalausschusses - Stellenplanberatungen geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	**Neuschaffung von Planstellen**

TOP 1.1	**Ausweisung einer Planstelle im Amt für Familie und Jugend/Sachbearbeitung UVG/BaföG/AFBG (Einwertung: pw/hhr EG 9 a TVöD)**

Herr Steinhäuser nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage.

Vorgeschlagen wird, im Amt für Familie und Jugend – Abt. UVG/BAföG/AFBG – die zusätzliche Ausweisung einer Planstelle im Stellenplan 2020.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.2	**Ausweisung von vier Planstellen für den Eigenbetrieb STADTBAU Ansbach (Einwertung: 1 Stelle pw/hhr EG 13 TVöD 2 Stellen pw/hhr EG 11 TVöD 1 Stelle pw/hhr EG 7 TVöD)**

Herr Steinhäuser fasst den Sachverhalt kurz zusammen.

Es wird vorgeschlagen, im Stellenplan 2020 für den Eigenbetrieb STADTBAU Ansbach eine Planstelle für den/die Werkleiter/in mit der tariflichen Einwertung EG 13 TVöD, zwei Planstellen für Projektentwickler/innen mit der tariflichen Einwertung EG 11 TVöD und eine Planstelle für eine Assistenzkraft mit der tariflichen Einwertung EG 7 TVöD auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.3	**Ausweisung einer Planstelle im Hochbauamt/Ingenieur oder Techniker (Einwertung: pw/hhr EG 11 oder 9 b TVöD)**

Herr Steinhäuser verweist auf den Antrag des Fachamtes.

Frau OB Seidel weist darauf hin, dass mannigfaltige Projekte zwischenzeitlich generiert wurden und abgearbeitet werden müssen.

Herr Büschl erklärt, dass der erforderliche Personalbedarf im Hochbauamt dauerhaft notwendig sein wird.

Herr StR Hayduk bezieht sich auf die Prüfungen des Kommunalen Prüfungsverbandes und bittet um Bekanntgabe, wie viele Planstellen aktuell über bzw. unter Bedarf besetzt sind.

Herr Steinhäuser gibt bekannt, dass dieser Bereich vom Kommunalen Prüfungsverband in 2012 untersucht wurde und zum damaligen Zeitpunkt der Sollbedarf mit 1,5 Stellen über der Ist-Besetzung lag. Zwischenzeitlich liegt die tatsächliche Personalausstattung über dem festgestellten Soll-Bedarf.

Frau OB Seidel gibt zu bedenken, dass z. B. im Bereich des Brandschutzes die Aufgaben stetig wachsen und die einzelnen Projekte über mehrere Jahre hinweg betreut werden müssen.

Herr StR Hüttinger spricht den derzeitigen extremen Fachkräftemangel an und stellt hiermit den Antrag, statt einer Planstelle zwei einzurichten und die entsprechende Finanzierung zu berücksichtigen.

Herr Steinhäuser gibt noch bekannt, dass seit 2019 im Hoch- und Tiefbau Mitarbeitern aus dem Betriebsamt die Möglichkeit einer Meisterausbildung angeboten wird, welche nach Beendigung im dortigen Bereich eingesetzt werden könnten.
Bezüglich der Gegenfinanzierung wird vorgeschlagen, die Nachbesetzung im Betriebsamt bis 2021 hinauszuschieben.

Es wird vorgeschlagen, im Stellenplan 2020 im Bereich des Hochbauamtes zwei Planstellen in EG 11 TVöD bzw. in EG 9 b TVöD – je nach Verfügbarkeit am Fachkräftemarkt – auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.4	**Ausweisung einer Planstelle für Stabsstelle Verwaltungs-/Schuldigitalisierung (Einwertung: pw/hhr EG 12 TVöD)**

Herr Steinhäuser nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage.

Frau OB Seidel betont, dass es voraussichtlich in diesem Bereich nicht bei einer Planstelle bleiben wird.

Herr StR Schildbach bittet die Verwaltung um baldmöglichste Ausschreibung, um die Fördermittel hierfür rechtzeitig zu generieren.

Herr Steinhäuser führt aus, dass die hierfür erforderliche Ausschreibung bereits vorliegt, welche nach den Haushaltsberatungen veröffentlicht wird.

Herr Jakobs gibt bekannt, dass bereits alle notwendigen Anträge gestellt sind bzw. werden.

Frau OB Seidel erklärt, dass die Schulen in diesem Bereich nicht vollständig entlastet werden können. Anfang 2020 sollen einzelne Bereiche untersucht werden, um nach Analysierung die Digitalisierung in gangbare Wege zu bringen.

Herr PRV Schehl gibt zu bedenken, wo die Mitarbeiter im Rahmen der Ämterschau untergebracht werden.

Es wird vorgeschlagen, eine Planstelle in BesGr. A 13 (3. QE) bzw. EG 12 TVöD im Stellenplan 2020 für den Bereich Verwaltungs-/Schuldigitalisierung auszuweisen. Organisatorisch soll dies als Stabsstelle im Referat 4 erfolgen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.5	**Ausweisung einer Planstelle im Personal- und Organisationsamt/Personalakquise (Einwertung: pw/hhr EG 9 c TVöD)**

Herr Steinhäuser macht Ausführungen anhand der Sitzungsvorlage.

Es wird vorgeschlagen, im Stellenplan 2020 im Personal- und Organisationsamt eine Planstelle mit einer Einwertung in BesGr. A 9 (3. QE) / A 10 bzw. EG 9c TVöD auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 2	**Streichung von Planstellen**

TOP 2.1	**Streichung einer Planstelle im Medienzentrum/Wegfall der Aufgaben (Einwertung: pw/hhr EG 3 TVöD)**

Herr Steinhäuser gibt den Sachverhalt bekannt.

Es wird vorgeschlagen, im Stellenplan 2020 die Planstelle im Bereich des Medienzentrums aufgrund des Wegfalls von Aufgaben zu streichen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 2.2 Streichung einer Planstelle im Referat Finanzen, Personal und Organisation/Vollzug kw-Vermerk (Einwertung: pw/hhr A 13 (4. QE)/A 14 BayBesG)

Herr Steinhäuser macht Ausführungen anhand der Sitzungsvorlage.

Vorgeschlagen wird, die Planstelle im Referat 4 wegen weggefallenem Bedarf im Stellenplan 2020 zu streichen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Stellenplan handwerklicher Bereich

Herr Steinhäuser verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr StR Schildbach erkundigt sich, ob die Stellen der drei Mitarbeiter, die sich derzeit in der Meisterausbildung befinden, im Betriebsamt kompensiert werden.

Herr Steinhäuser führt hierzu aus, dass die jeweiligen Mitarbeiter schulische Ausfallzeiten zwischen neun und zwölf Monaten haben und nachdem nicht alle zeitgleich abwesend sind, keine befristete Nachbesetzung erfolgt.

Die Verwaltung schlägt vor, den Stellenplan im handwerklichen Bereich 2020 mit 114 Planstellen auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 4 Anfragen/Bekanntgaben

<u>Zusätzliche Planstellen – Ordnungsdienst</u>

Herr StR Sauerhöfer stellt seitens der CSU-Fraktion den Antrag, für einen kommunalen Ordnungsdienst zwei Planstellen einzurichten.
Seiner Meinung nach muss die Überwachung der Innenstadt in der Zeit zwischen 17.00 und 1.00 Uhr wegen verschiedenen Auffälligkeiten intensiver erfolgen.

Herr Steinhäuser erklärt, dass bei einem 8-Stunden-Tag zwei Planstellen allerdings nicht ausreichen würden. Bei einer 5-Tage-Woche wären 3,8 Vollkräfte (180.000,00 € /Jahr) und einer 7-Tage-Woche (200.000,00 €) 5,3 Vollkräfte erforderlich, um die Überwachung wahrzunehmen.

Frau OB Seidel teilt mit, dass derzeit acht Mitarbeiter/innen in der Verkehrsüberwachung tagsüber eingesetzt sind. Bei Bedarf wäre es auch möglich, einzelne Dienste zu anderen Tageszeiten einzuplanen, um hier der Überwachung gerecht zu werden. Für spezielle Bereiche wie Gaststättenrecht, Lebensmittelüberwachung und aufsuchende Integrationsarbeit ist das entsprechende Fachpersonal verantwortlich.

Frau Beyer-Nießlein beklagt, dass die Angelegenheit von der Verwaltung zu blauäugig betrachtet wird und die Vernetzung der Ämter nicht zufriedenstellend ist.

Frau OB Seidel spricht hier auch gesellschaftliche Probleme an und teilt mit, dass zwischen der Stadt Ansbach und der Polizeiinspektion regelmäßiger Austausch erfolgt und wenn notwendig – nach kurzer Rücksprache – selbstverständlich auch zusätzliche Kontrollen durchgeführt werden.

Herr Nießlein erklärt, dass städtische Bedienstete in einigen Bereichen nicht die weitreichenden Kompetenzen entsprechend der Polizei haben. Darüber hinaus sieht er keinen Bedarf für zusätzliches Personal.

Der Antrag der CSU-Fraktion wird mit 9 Gegenstimmen abgelehnt.

Umzug Bürgeramt

Herr Büschl gibt bekannt, dass für die Zeit des Umbaus das Bürgeramt ins Kulturzentrum ausweicht. Dies sei die wirtschaftlichste und tragfähigste Lösung, darüber hinaus auch ein sehr zentraler Standort zur Innenstadt.
Der Umzug ist nach der Kommunalwahl in 2020 geplant, die Umbaumaßnahme soll bis zur Bachwoche in 2021 abgeschlossen sein.

Frau Schlieker erklärt, dass für die gebuchten Veranstaltungen den Veranstaltern bereits Alternativen angeboten wurden.

Herr StR Sauerhöfer spricht die teils langen Wartezeiten im Bürgeramt an.

Herr Nießlein führt hierzu aus, dass aktuell durch krankheitsbedingte Ausfälle von drei Mitarbeitern sich die Wartezeiten kurzfristig leider verlängert hätten.

TOP 5 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Die Geheimhaltung bleibt bestehen.

Carda Seidel
Oberbürgermeisterin

Monika Billenstein
Schriftführer/in